

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Karl Homann.

Berlin, Freitag, den 9. November 1894.

Der „Bauernfang“ der Sozialdemokratie.

Der Frankfurter Parteitag hat in Sachen der Landagitation eine Entschliebung gefaßt, worin es heißt: „Es wird Nothwendigkeit, daß die Sozialdemokratie sich mit der Agrarfrage befaßt. Da die ländlichen Zustände in Deutschland technisch, wirtschaftlich und sozial verschieden geartet sind, so muß sich die Propaganda ihnen anpassen und das Landvolk nach seiner Eigenart behandeln. Die Agrarfrage als nothwendiger Bestandtheil der sozialen Frage wird endgültig nur gelöst, wenn der Grund und Boden mit den Arbeitsmitteln den Produzenten wieder zurückgegeben ist. Die nächste Aufgabe der Partei ist es, ein besonderes agrarpolitisches Programm aufzustellen, das die dem Bauern wie dem Landarbeiter besonders nützlichen nächsten Forderungen des Erfurter Programms in einer dem Verständniß der ländlichen Bevölkerung angemessenen Darstellung erläutert und ergänzt. Ein besonderer Agrarausschuß hat dem nächsten Parteitag seine Vorschläge vorzulegen.“

Ein solcher Agrarausschuß wurde dann auch richtig gewählt, und man darf sich darauf gefaßt machen, daß nunmehr mit dem „Bauernfange“, wie ihn Herr Bebel bezeichnete, überall Ernst gemacht werden soll, und zwar mit dem Bauernfange nach dem Rezept des Herrn von Vollmar, das sich ja in Bayern bewährt haben soll, und das in der Hauptsache darin besteht, die Endziele der sozialdemokratischen Taktik zu verhüllen. Ein jüngerer Gießener Genosse, der frühere Assessor David, hat auch bereits eine Formel gefunden, nach der auf dem Lande gelehrt und agitirt werden soll. Danach hat die Sozialdemokratie nichts gegen den Besitz von Gebrauchsgütern einzuwenden, und will das Privateigenthum an den zur Kleinproduktion in Handwerk und Landwirtschaft nöthigen Produktionsmitteln, einschließlich des kleinbäuerlichen Grund und Bodens, den Leuten lassen, „so lange sie es haben mögen.“

So sollen nämlich die Bauern belehrt oder vielmehr belogen werden, während es in Wahrheit im Parteiprogramm, auf das jeder zielbewußte Genosse sich verpflichten muß, heißt: „Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerken, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum kann es bewirken, daß die Großbetriebe und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt werden.“ Theoretisch und praktisch wird es selbst dem findigsten Volksbeglucker unmöglich sein, die Grenze aufzustellen, bei der der Grundsatz der allgemeinen Enteignung und des Gemeinschaftsbetriebes zu Gunsten des Kleinbesitzes Halt zu machen hätte. Welcher Kleinbäuerliche Haushalt auf dem Lande könnte z. B. der Diensthoten entbehren? Und doch soll und darf es, damit die allgemeinen Menschenrechte der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zur Geltung kommen, im Zukunftsstaate durchaus keine Herren und Knechte mehr geben!

Möglich, daß die Zerwürfnisse, die sich über die Opportunitätspolitik der süddeutschen Parteiführer zwischen ihnen und den norddeutschen Genossen ergaben, zu einer förmlichen Spaltung führen werden. Ob aber eine solche Spaltung die sozialdemokratische Bewegung als Ganzes ungefährlicher machen, die Propaganda des Umsturzes lähmen wird — wie Gutgläubige meinen — steht dahin. Die norddeutschen Theoretiker werden durch die süddeutschen Praktiker zunächst auf die Seite gedrängt werden. Haben die Letzteren aber einmal mit ihren Verschleierungen das Feld gewonnen und die Bauern kirre gemacht, indem sie sich als gutgläubige Christen und staatsstreue Steuerbewilliger ausgaben, die zudem dem kleinen Landmann seine Scholle nicht rauben wollen, so werden die Ersteren zur rechten Zeit nicht müßig sein, sobald einmal die Massen in Bewegung sind, die echte Fahne des

sozialistischen Zukunftsstaates zu entrollen. Alsdann wird man dem Bauern, der gutmüthig genug war, den kleinen Finger herzugeben, die ganze Hand nehmen — hierin werden Theoretiker und Praktiker alsdann flugs einig sein. Darum soll sich die Landbevölkerung bei Zeiten warnen lassen und sich selber wehren!

Ein weiterer Zweck, der mit der Landagitation verfolgt werden soll, wird übrigens in dem sozialdemokratischen Blatte „Die Gleichheit“ ausgeplaudert; sie soll der Kasernenagitation, die sich bisher als ein schwieriges und unter Umständen gefährliches Ding erwiesen hat, vorarbeiten. Die Landagitation soll dafür sorgen, „daß auch der junge Mann vom Lande bereits als politisch Wissender in die Armee eintritt“. Weil es also direkt nicht gelingen will, das Heer zu gewinnen, das als Säule der staatlichen und moralischen Ordnung, als Pfleg- und Erziehungsstätte vaterländischen Geistes der Sozialdemokratie besonders unbequem ist, soll es auf Umwegen versucht werden.

Wohin man sieht, wendet die Sozialdemokratie auf versteckte Art ihre unehrlichen Waffen an, um zum Ziele zu kommen. Daß sie keine bessere Art und keine besseren Waffen hat, bleibt uns Trost und giebt uns Zuversicht in dem Kampfe gegen die Bestrebungen des Umsturzes. Aber es heißt fort und fort sich tüchtig rühren, wenn Treue und Wahrhaftigkeit den Sieg behalten sollen.

Die Verbreitung der Sozialdemokratie.

Im Anschluß an die kürzlich erschienene Schrift von Neumann-Hofer, in der die für die sozialdemokratische Partei in Betracht kommenden Zahlen der amtlichen Statistik der Reichstagswahlen nach verschiedenen Gesichtspunkten geordnet und zusammengestellt sind, wird jetzt vielfach in den Blättern die zahlenmäßige Stärke der Sozialdemokratie erörtert. In der That zeigen die Ergebnisse der Wahlstatistik bei keiner anderen Partei so wie bei der sozialdemokratischen die wirkliche Stärke der Zahl ihrer Gefolgschaft an. Denn bei den bürgerlichen Parteien werden vielfach vor und während der Hauptwahl Kartelle und Kompromisse geschlossen, und ferner stellt jede der bürgerlichen Parteien in der Regel nur in solchen Wahlkreisen Kandidaten auf, in denen sie eine erheblichere Anzahl von Anhängern hat und wenigstens Ansätze einer Organisation besitzt. Deshalb kommt bei den bürgerlichen Parteien vielfach ein gewisser, statistisch nicht faßbarer Stimmenaustausch vor und hat das Gesamtergebnis jeder einzelnen unter Wahlenthaltungen von Anhängern zu leiden, die in aussichtslosen Wahlkreisen verstreut sind. Die Sozialdemokratie dagegen schließt höchstens bei Stichwahlen Kompromisse ab und hat immer mehr den Grundsatz befolgt, daß jede allgemeine Wahl zu einer Heerschau über ihre gesammte Gefolgschaft benutzt werden soll. Daher die große Zahl der sozialdemokratischen Zählkandidaturen, namentlich bei der letzten Hauptwahl im Juni vorigen Jahres, als von den 397 Wahlkreisen nur in 15 keine sozialdemokratischen Stimmen abgegeben wurden.

Uebersieht man die statistischen Zahlen seit 1871, so ergibt sich die betäubende Erscheinung eines bald langsameren, bald schnelleren, aber doch stetigen Anschwellens der Sozialdemokratie, das nur ein Mal unterbrochen worden ist, nämlich nach den Attentaten im Jahre 1878 und unter der ersten Wirkung des Sozialistengesetzes, das die ganze Organisation der Partei mit einem Schlage zerstörte und die sozialdemokratische Press- und Versammlungsfreiheit bedeutend einengte. Während 1877 unter 100 abgegebenen gültigen Stimmen noch 9,13 für Sozialdemokraten gelautet hatten, war dieser Prozentanteil 1878 auf 7,59, 1881 auf 6,12, zurückgegangen; aber diese Wirkung hielt nicht vor, bei der letzten unter